Antrag

der Abgeordneten Jimmy Schulz, Manuel Höferlin, Frank Sitta, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Nicole Bauer, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Britta Katharina Dassler, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Thomas L. Kemmerich, Dr. Marcel Klinge, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Alexander Graf Lambsdorff, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Till Mansmann, Roman Müller-Böhm, Frank Müller-Rosentritt, Dr. Martin Neumann, Bernd Reuther, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Judith Skudelny, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Michael Theurer, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Katharina Willkomm und der Fraktion der FDP

Internet Governance langfristig denken – Internationale Zusammenarbeit stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Vom 25. bis 29.11.2019 findet das Internet Governance Forum (IGF) der Vereinten Nationen erstmalig in Deutschland statt. Die Bundesregierung hat damit als Gastgeber die Chance, auf internationaler Ebene Einfluss auf die Zukunft der Internet Governance zu nehmen.

1. Die Zukunft des freien Internets scheint vor einem Scheideweg zu stehen. Während demokratische Staaten zunehmend hart erkämpfte Freiheiten in Frage stellen, aus Angst vor der Einflussnahme feindlicher und fremder Kräfte auf den demokratischen Prozess und die Willensbildung in einer pluralistischen Gesellschaft, nutzen autoritäre Staaten die technischen Innovationen längst um ihre Bevölkerung rund um die Uhr zu überwachen. Doch mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) haben sich alle 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen zu den Grundfreiheiten bekannt. Diese müssen auch im digitalen Raum gelten und durchgesetzt werden.

2. Das Internet kennt keine Grenzen. Die Herausforderungen einer vernetzten und digitalisierten Welt können wir nur gemeinsam und auf internationaler Ebene stemmen. Gerade in Deutschland müssen wir uns von der Idee lösen, dass dies allein Aufgabe der Politik ist – denn gerade die aktuelle Regierung hat an verschiedenen Stellen bewiesen, dass sie keineswegs besser über Regelungen im Netz entscheiden kann als Nutzer, Kreative und (Digital-)Wirtschaft.
3. Im Internet verschwimmen die Grenzen zwischen Konsumenten, Innovatoren, Politik, Technik usw. Jeder, der das Internet nutzt, beteiligt sich dabei auch an einem Gestaltungsprozess. Das Internet Governance Forum ist der Versuch, mit allen Akteuren, die an diesem Gestaltungsprozess beteiligt sind, gemeinsame Regeln für die digitale Welt auszuhandeln. Dieser „Multistakeholder“-Ansatz ermöglicht es, unterschiedlichen Akteure aus diversen Feldern an den Entscheidungen beteiligt zu sein. Gerade im digitalen Raum sollten Regeln nicht ausschließlich von Regierungen gemacht werden, da diese grenzüberschreitende Auswirkungen auf viele unterschiedliche Menschen haben. Es erhöht die Akzeptanz dieser Regeln, wenn relevante internationale Akteure aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik in den Verhandlungsprozess einbezogen werden – und damit auch die Chance, dass die Regeln sich durchsetzen.
4. Im Hinblick auf den Cyber- und Informationsraum ist global eine Tendenz zur Entwicklung von immer mehr offensiven Fähigkeiten, insbesondere im militärischen Bereich, zu beobachten. Gleichzeitig gibt es bereits erste kooperative Ansätze für eine vertrauensbildende Zusammenarbeit an Regeln für Cyber War und generell Cyber Konflikte, wie beispielsweise die Entwicklung des „Tallinn Manual“ über die Plattform des Cooperative Cyber Defence Centre of Excellence (CCDCOE) der NATO.
5. Das diesjährige Internet Governance Forum wird erstmalig in Berlin stattfinden unter dem Motto „One World. One Net. One Vision“. Als Gastgeber hat die Bundesregierung die Möglichkeit, sich für einen langfristigen Dialog zwischen den Staaten und den verschiedenen Akteuren auch über das IGF hinaus einzusetzen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich als Gastgeber des diesjährigen IGF dafür einzusetzen, dass der Schutz und die Wahrung der Menschenrechte im digitalen Raum, nicht davon abhängt, in welchem Land Nutzer bzw. Anbieter einer Leistung sitzen. Gerade die Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und der Schutz der Privatsphäre (siehe Art. 12 und 19, A-EMR: www.un.org/depts/german/menschenrechte/aemr.pdf) müssen überall gelten;
2. sich für eine weitere Stärkung, Konkretisierung und universelle Beachtung der Privatsphäre als Menschenrecht sowie dessen Umsetzung weltweit einzusetzen. Dazu gehört insbesondere, dass jeder die Möglichkeit haben muss, digitale Kommunikation sicher (Ende-zu-Ende) zu verschlüsseln. Deutschland sollte sich daher auf internationaler Ebene für ein Recht auf Verschlüsselung einsetzen. Eine Schwächung von Verschlüsselungsverfahren (z. B. durch sogenannte backdoors, eine „Umschlüsselung“ auf dem Kommunikationsweg oder das Erzeugen von „Zweit-Schlüsseln“ für Sicherheitsbehörden) ist immer auch eine Schwächung der Privatsphäre. Hier sollte Deutschland seine Vorreiterrolle nutzen, um sich klar gegen eine solche Schwächung zu positionieren. Dazu gehört auch der Ankauf sogenannter zero day exploits auf dem Schwarzmarkt. Dies muss schon aus rechtsstaatlicher Sicht geächtet werden, da der Rechtsstaat illegale Handlungen nicht aktiv oder passiv unterstützen darf;

3. sich auf internationaler Ebene für eine völkervertragliche Regelungen zur Steigerung der IT-Sicherheit und zur Einhegung des Einsatzes von „Cyberwaffen“ innerhalb und außerhalb bewaffneter Konflikte einzusetzen. Dazu gehört insbesondere ein „ABCD-Waffensperrvertrag“, in dem sich Staaten und Nachrichtendienste dazu verpflichten, keine Cyberwaffen einzusetzen. Über vereinzelte, nicht bindende Ansätze wie das „Tallinn Manual“ hinaus kann sich die Bundesregierung etwa für ein international verbindliches Cyber-Peace-Abkommen einsetzen. Insbesondere im Rahmen bestehender Verteidigungsbündnisse und Sicherheitszusammenarbeit wird die Bundesregierung aufgefordert, vertrauensbildende Maßnahmen voranzutreiben, etwa über den gemeinsamen Austausch und die gemeinsame Unterstützung beim defensiven Fähigkeitsaufbau und dem Aufbau von Notfallmaßnahmen (z. B. sogenannter Cyber Emergency Response Teams);
4. sich auch über das diesjährige IGF hinaus dafür einzusetzen, dass Regeln und Abkommen für den digitalen Raum über internationale Zusammenarbeit in Form von Multistakeholder-Prozessen erarbeitet werden. Dabei sollten Entscheidungen konsensual nach dem von der Internet Engineering Task Force (IETF) angewandten Grundsatz des „rough consensus and running code“ getroffen werden. Das Ziel sind praktische, funktionierende und schnell implementierbare Lösungen, die nicht nur eine knappe Mehrheit der Beteiligten, sondern eine möglichst großen Anteil (im Idealfall alle) überzeugen;
5. sich verstärkt dafür einzusetzen, dass gerade deutsche und europäische Stakeholder außerhalb der Regierungsorganisationen an diesen Prozessen beteiligt werden;
6. jedes Jahr einen Vor- sowie Nachbericht der einschlägigen internationalen Konferenzen zur Internet Governance zu erstellen, der dem Plenum vorgelegt wird. Die Federführung für die Berichte soll beim Ausschuss für Digitale Agenda liegen;
7. sich für eine Stärkung des IGF Deutschland als Vor- und Nachbereitungsgremium für das internationale IGF einzusetzen, indem z. B. das Gremium verstärkt auf nationaler Ebene in Konsultationen zu legislativen Vorhaben einbezogen wird.

Berlin, den 12. November 2019

Christian Lindner und Fraktion